

Volkstimme

Einzelpreis 20 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sinden, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. W. Schmidt & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111: für Inserate 1047, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzustellungskarte 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Postgebühr 4,75 Mk., monatlich 2,25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen Vierteljährlich 6,00 Mk., monatlich 2,10 Mk. Bei den Postämtern Vierteljährlich 6,75 Mk., monatlich 2,25 Mk. ohne Postgebühr. Abgabe für den Postboten 80 Pf., im Restanteile 1,00 Mk. Bestenfallsen Seite 20 Pf. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer: Nr. 595 Berlin

Nr. 6.

Magdeburg, Donnerstag den 8. Januar 1920.

31. Jahrgang.

Drohende Brotnot.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands hat in den letzten Tagen in den Blättern aller Parteirichtungen zu eingehenden Betrachtungen Veranlassung gegeben. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man annehmen wollte, daß mit den Lieferungsprämien, die längst den Landwirten, um deren Ablieferungsfreudigkeit zu heben, für Getreide und Kartoffeln gegeben worden sind, die Lebensmittelversorgung Deutschlands behoben wäre. Es steht vielmehr fest, daß der Ertrag der deutschen Landwirtschaft so stark zurückgegangen ist, daß wir vielleicht schon im April mit den Vorräten unserer letzten Ernte zu Ende sind. Der Geheimrat von Braun hat in einem Artikel im „Tag“ mitgeteilt, daß uns bei der Aufrechterhaltung der Brotration und des niedrigen Ausmaßes mindestens ein Drittel des Getreidebedarfes für zwei Monate, d. i. 600 000 Tonnen, fehle. Diesen Fehlbedarf müssen wir durch ausländische Zufuhren decken, die uns bei dem schlechten Stande der deutschen Wäلتa nur zu einem fast

das zehnfache des deutschen Preises

betragenden Preise greifbar wären. Wenn schon die jetzt bewilligten Preiszuschläge an die deutsche Landwirtschaft eine gewisse Beruhigung unter der Verbraucherenschaft ausgelöst haben, so kann man sich die Wirkung der Preise vorstellen, die wir für die ausländischen Nahrungsmittel dann bezahlen müssen.

Trotz der schlechten deutschen Ernteergebnisse muß bemerkt werden, daß die letzte Ernte nach Lage der Dinge nicht als ungünstig bezeichnet werden kann. Es steht zu befürchten, daß die nächste sehr viel ungünstiger ausfällt, wenn nicht entscheidende Maßnahmen getroffen werden, um die deutsche Landwirtschaft zur höchsten Intensität anzuregen und die landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen mit den Gesamtverhältnissen auszugleichen.

Bei ungefähr der gleichen Erntefläche hatten wir in Deutschland vor dem Kriege, dank der starken Verwendung von Kunstdünger, von Jahr zu Jahr steigende Erträge. Seit Kriegsbeginn ist eine rückläufige Bewegung eingetreten, die noch lange nicht zum Abschluß gelangt ist. Uns fehlt Kunstdünger und Stalldünger. Die Kunstdüngerfrage ist eine Kohlenfrage und die Stalldüngerfrage ist eine Viehhaltungsfrage. Die Viehhaltung in Deutschland ist

unvergleichbar zurückgegangen.

Wenn auch die letzten Zählergebnisse eine kleine Zunahme erkennen lassen, so muß doch betont werden, daß das Fleischgewicht des einzelnen Tieres nicht mehr mit dem aus der Friedenszeit in Vergleich gesetzt werden kann und daß demzufolge die Düngerproduktion, die unmittelbar mit dem Umfang der Viehnahrung zusammenhängt, zurückgegangen ist. Kunstdünger wird zwar in großen Mengen fabriziert, aber die Preise dafür sind teilweise so hoch (Kraft fast 1000 Prozent Verteuerung), daß sich die Anwendung selbst bei den erhöhten Höchstpreisen nicht mehr rentiert. Auch in der Viehhaltung droht ein schwerer Rückschlag einzutreten, weil die gegenwärtig geltenden Höchstpreise für Schlachtvieh, das abgeliefert werden muß, in gar keinem Verhältnis stehen zu den Anschaffungspreisen für Jung- und Zuchtvieh, für die es keine gesetzlich festgelegten Schranken gibt.

Die Futtermittel sind für den Handel freigegeben, die menschlichen Nahrungsmittel aber werden zu den gesetzlichen Höchstpreisen zwangsbewirtschaftet. Diese

unglückselige Spaltung

der agrarischen Produkte in solche, für die Höchstpreise maßgebend sind, und in solche, deren Preisbildung keinerlei Schranken kennt, hat dazu geführt, daß der Preis für Hafer auf über 110 Mark pro Zentner gestiegen ist, daß das Heu 40 Mark und das Stroh 16 bis 17 Mark pro Zentner kostet. Wenn man diesen Preisen den Höchstpreis, beispielsweise für Kinder von 150 Mark pro Zentner Lebendgewicht, entgegenhält, so kann man ohne weiteres die außerordentlich schlechte Rentabilität der Schlachtviehzucht ersehen. Verschiedene Städte haben aus Fleischnot schon zu einer Umgehung der Viehhöchstpreise durch den Abschluß von Mastverträgen mit Viehhältern gegriffen, durch die das Mehrfache des Höchstpreises herauskommt.

Die natürliche Folge der geltenden Höchstpreise muß sein, daß der Landwirt, der zu seinen Wirtschaftsgütern auch den Rechenstift zählt, der Viehhaltung nicht mehr das Gewicht beilegt, das sie früher hatte. Er wird sich in verstärktem Maße auf den Anbau solcher Früchte werfen, deren

Preisbildung, wie die der Industrieprodukte, im freien Handel erfolgt, und das sind Futtermittel und Hülsenfrüchte.

Die gegenwärtige Preispolitik auf dem Lebensmittelmarkt birgt aber weiterhin die große Gefahr, daß die Landwirtschaft mehr und mehr zur extensiven Wirtschaft getrieben wird. Die Stalldüngerproduktion wird dem Landwirt, der die Futtermittel zum Marktpreis einsetzt, viel zu teuer. Es ist vorteilhafter für ihn, die

Felder brachzuliegen

und sich erholen zu lassen. Es ist weiterhin vorteilhafter für ihn, die viel Düngestoff beanspruchenden Pflanzen, wie z. B. den Weizen, durch Hafer, der weniger Düngestoff beansprucht, zu ersetzen, der ihm noch dabei einen unerhört hohen Preis einbringt. Die extensive Wirtschaft erspart ihm aber auch den starken Verbrauch von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, die im Preis ebenso wie die Reparaturkosten unendlich viel stärker gestiegen sind als die Preise für die zwangsbewirtschafteten Feldprodukte.

Das sind nur einige Andeutungen, die bezwecken sollen, daß man der Stärkung der deutschen Landwirtschaft und der Nahrungsmittelpolitik größte Mäßigkeit schenke.

Die gegenwärtige Preispolitik birgt die Gefahr in sich, daß die eigene landwirtschaftliche Produktion noch weiter sinkt. Dieses Sinken zwingt aber zu gleichzeitiger entsprechender Steigerung der Einfuhr aus dem Auslande. Die ausländischen Lebensmittel sind für die Gesamtheit der deutschen Bevölkerung zurzeit

glattweg unerforschbar.

Wenn wir vermeiden wollen, daß wir mit unserm Nahrungsmittelbedarf in steigendem Maße von dem teuren Ausland abhängig werden, so müssen wir alle Heilmittel anwenden, die die Landwirtschaft zu stärker und intensiver Leistung anspornt. Die Landwirtschaft besitzt für die deutsche Bevölkerungspolitik und Volksernährung die größte Bedeutung. Wenn wir uns leidenschafts- und vorurteilslos diese These zu eigen machen, so müssen wir verlangen, daß alles getan wird, um das letzte Krümmchen deutscher Ackererde mit Sorgfalt zu behandeln und die Landwirtschaft zu höchster Arbeitsleistung zugunsten unserer Volksernährung anzuspannen.

Dazu ist notwendig, daß die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft sorgfältig untersucht, die Preise so eingerichtet werden, daß sie in einem angemessenen Verhältnis zu den Preisen der notwendigen Industrieprodukte stehen, die der Landwirt zur intensiven Bewirtschaftung seines Bodens notwendig hat. Damit wird der Anreiz, die Produkte im Schleichhandel zu vertreiben, vermindert. Ausreichende Preise rechtfertigen aber auch die rückwärtsloseten Maßnahmen zur restlosen Ablieferung des Uberschusses durch die Landwirte. Man fürchte nicht, daß man dadurch zu außergewöhnlich starken Mehraufwendungen gelangt. Denn heute werden durch den sehr umfangreichen Schleichhandel Summen für Lebensmittel aufgewendet, die wahrscheinlich vollkommen ausreichend wären, diese Mehraufgaben zu decken.

Schließlich muß man sich nüchtern und ohne Parteinahme die Wirkung der Auslandslebensmittelpreise auf die Tasche der deutschen Verbraucher vor Augen führen. Je mehr wir aus der eigenen Landwirtschaft herauszuholen vermögen, desto weniger sind wir gezwungen, die ungeheuerlichen Preise für ausländische Lebensmittel, die wir ja doch

auf die Dauer nicht bezahlen

können, aufzuwenden.

Es bedarf natürlich keiner Betonung, daß das Einkommen der kleinen Leute, namentlich der Lohn- und Gehaltsempfänger so geordnet werden muß, daß ihre Lebenshaltung gesichert bleibt. —

Ein gegenrevolutionärer Aufruf.

In wenigen Tagen soll der Friede ratifiziert werden. Dann wird die Frage der Auslieferung jener Deutschen, die von der Entente als Schuldige am Kriege betrachtet werden, in ein entscheidendes Stadium treten. Die deutsche Regierung hat mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags auch die Verpflichtung zu dieser Auslieferung auf sich nehmen müssen; die Entente bestand darauf. Eine Weigerung, dieser Verpflichtung nachzukommen, wäre

gleichbedeutend mit dem Bruch des Friedensvertrags, dessen Einhaltung die Reichsregierung mehr als einmal zugesagt hat.

Die Auslieferung der Deutschen an unsere ehemaligen Feinde, an ein Gericht, dessen Voreingenommenheit von vornherein feststeht, ist im Grunde genommen etwas Unerhörtes. Nicht etwa, daß wir die Kriegsschuldigen ihrer gerechten Strafe entziehen wollten. Das liegt uns fern. Aber sie hätten von uns selbst zur Rechenschaft gezogen oder von einem neutralen Gericht abgeurteilt werden müssen. Das ist nicht zu erreichen gewesen; wir müssen deshalb wohl oder übel die Auslieferungsbestimmung des Friedensvertrags erfüllen, wenn es nicht durch Verhandlungen gelingt, an ihre Stelle irgend etwas anderes zu setzen.

Ganz unmöglich aber ist es, den allfälligen Widerstand gegen die Auslieferung überhaupt zu organisieren. Das zu tun, sind aber gewisse Kreise am Werke. In der bürgerlichen Presse — auch in der „Magdeb. Bzg.“ — erschien dieser Tage ein von einem ehemaligen Ordemanns-Offizier beim Stabe Reinhardt namens Gustav G. Machatz unterzeichneter Aufruf „An das deutsche Volk und die fünfzehnhundert“. Mit den fünfzehnhundert sind die Ausgelieferten gemeint. Der Aufruf enthält folgende Sätze:

Deutsche Männer, deutsche Frauen aller Parteien, steht einig zusammen in den schwersten Stunden, die über unser Volk jemals gekommen sind.

Männer und Geld sind nötig für den Widerstand gegen die alliierten Mächte. Ueber die Verwendung der Gelder wird öffentlich Rechnung gelegt und dafür ein Aufsichtsausschuß eingesetzt werden.

Deutsche Männer — insbesondere die fünfzehnhundert — wollen sich bereitstellen, zu jeder Gefahr bereit zu sein, noch mitzutretenden Sammelpunkt zu sein.

Sollte dieser Aufruf Erfolg haben, so würde das nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als daß wir wieder in die schwersten Differenzen mit der Entente geführt würden. Es würde uns mit Recht des Bruches des Friedensvertrags anklagen. Die Regierung kann darum gar nicht schnell genug gegen den Unterzeichner des Aufrufs einschreiten, der sich damit zweifellos des Hochverrats schuldig gemacht hat. Es bringt obenrein über tausende deutscher Familien neues Leid, die schon den Zeitpunkt der Entlassung ihrer Angehörigen aus französischer Gefangenschaft heranzusehen sehen. Diese Gefangenen werden nicht freigegeben, wenn Deutschland nicht seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag erfüllt.

Was aber noch schlimmer ist als das alles, das ist, daß sich hinter dem Aufruf nichts mehr und nichts weniger als die Organisation der Gegenrevolution vom rechts verbirgt. Die Auslieferung der kriegsschuldigen Deutschen soll der Reaktion das Zeichen zum Losschlagen sein. Die Herrschaften fühlen sich außerordentlich stark. Sie werden sich aber blühende Köpfe holen, sollten sie wirklich die Vermessenheit besitzen, den Bürgerkrieg zu entfesseln. Das Beste aber ist, dem vorzubeugen. Mit rücksichtsloser Entschlossenheit muß darum die Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Machtmittel anwenden, um die reaktionären Ausschüßversuche im Keime zu ersticken. Sie darf da vor niemand haltmachen. Wer den Bürgerkrieg ins Land tragen will, wer auf eine gewalttätige Umkehr der Verhältnisse hinarbeitet, der verdient keine Nachsicht, er muß ohne Gnade kaltgestellt werden. —

Die Eisenbahnerbewegung.

In Frankfurt a. M. haben die Arbeiter der Werkstätten am Montag morgen in der passiven Resistenz verharret. Vom mittags an hat sich dagegen die Arbeitsleistung so erheblich gehoben, daß der Präsident am Dienstag morgen von der ihm erteilten Ermächtigung, die Werke zu schließen, noch keinen Gebrauch gemacht hat. Er hat jedoch den Arbeitern eröffnen lassen, daß, wenn die Arbeitsleistung wieder sinken sollte, er die Werkstätten schließen würde.

In Köln und im Bezirk Ahr ist es überall ruhig. Niergends sind Streiks, nirgends ist passive Resistenz. Anmerkenswert ist jedoch eine gewisse Bewegung unter den Eisenbahnarbeiterschaft zu bemerken.

Im Elberfelder Bezirk dagegen hat diese Bewegung bereits zu offenen Streiken geführt. In diesem Bezirk wird auf einer Reihe von größeren Bahnhöfen, so in Düsseldorf, Elberfeld und Wöhlwinkel gestreikt. Der Betrieb ruht aber wird je nach der Ausdehnung des Streikes notwendig weitgehend gelähmt. In den übrigen Gegenden Deutschlands, so in Thüringen und Schlesien, ist alles ruhig.

Ein Teil der Eisenbahner auf den Düsseldorf Bahnhöfen ist in den Ausstand getreten. Infolgedessen mußte der Güterverkehr vollständig stillgelegt werden; die Streikenden beschäftigten, nur noch die Lebensmittelversorgung aufrechtzuerhalten. Der Personenverkehr ist bisher teilweise durchgeführt worden.

Wie bereits bekannt, haben am Montag nachmittags, nachdem die Weichnachtspause beendet war, die Verhandlungen über den Tarif wieder begonnen. Die Arbeiterchaft ist dabei mit erheblichen neuen Forderungen aufgetreten und verlangt, unter Hinweis auf die fortschreitende große Teuerung der wichtigsten Lebensmittel, eine wesentliche Erhöhung der von der Verwaltung schon gewährten Abschlagszahlungen vor Abschluss des Tarifs. Sie hat an die preussische Staatsregierung eine Eingabe in diesem Sinne gerichtet. Am Dienstag wurden die Verhandlungen zwischen den Verwaltungen und den Arbeitern fortgesetzt und die Lebensmittelverhältnisse und die bezahlten Löhne in einer Reihe von Direktionen im einzelnen durchgegangen. Es besteht die Absicht, im ganzen Lande die bezahlten Löhne in der Eisenbahnverwaltung mit den Löhnen in der Industrie und in der Landwirtschaft zu vergleichen. Ein gewisser Ausgleich ist bereits insofern schon eingetreten, als seit dem 1. Januar, mit Rücksicht darauf, daß der Tarifvertrag bis zum 1. Januar nicht zustande gekommen war, Abschlagszahlungen gewährt werden, die für Berlin 50 Pfg., für die Großindustriebezirke 40 Pfg., für das übrige Reich 30 Pfg., für die ungelerten Arbeiter je 10 Pfg. weniger betragen. Für die Handwerker in Berlin ist also eine wöchentliche Lohnerhöhung von 21 Mark eingetreten. Diese Abschlagszahlungen bedeuten in ihrer gegenwärtigen Form einen monatlichen Aufwand von 40 bis 50 Millionen Mark.

Von dem Vorstand des Eisenbahnwerkstättenamts erhalten wir folgende merkwürdige Zuschrift:

Auf Grund des Pressegesetzes ersuchen wir ergebenst um Aufnahme folgender Erklärung:

Die Verwaltung hat keine Veranlassung, auf die Ausführungen in dem Artikel „Eine moderne Eisenbahn-Hauptwerkstätte“ in Ihrer Zeitung vom 6. Januar einzugehen, solange nicht der Verfasser mit voller Namensnennung an die Verantwortlichkeit tritt. Im übrigen muß nach der Art der Darlegungen und nach den angeführten Ermittlungen geschlossen werden, daß ein für die Beurteilung der Verhältnisse in der Hauptwerkstätte Budau berufener Sachverständiger nicht der Verfasser des Artikels sein kann.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Zuschrift keine Wichtigkeit irgendwelcher Art enthält, daß wir also presserechtlich nicht verpflichtet wären, sie zu veröffentlichen. Für den Artikel übernimmt die Redaktion die volle Verantwortung. Das muß dem Vorstand des Werkstättenamts genügen. Die Zumutung, unsern Gewährsmann zu nennen, lehnen wir natürlich ab. Nicht auf den Schreiber kommt es an, sondern auf das, was er zu sagen hatte. Es ist nicht nur unser gutes Recht, es ist unsere Pflicht, Missstände in Betrieben, die aus öffentlichen Mitteln erhalten werden, zu kritisieren. Was der Vorstand des Werkstättenamts vorzubringen weiß, ist nichts als eine lahme Ausrede.

Der Versicherungsangestelltenstreik.

In einer Reihe von Tageszeitungen wird an Hand von Zahlen auf die volkswirtschaftliche Gefahr des drohenden Versicherungsangestelltenstreiks hingewiesen. Aus dieser Erkenntnis heraus entspringt wohl auch eine Anregung des Reichsaufsichtsamtes, an den Arbeitgeberverband heranzutreten. Unter dem 20. Dezember lehnte jedoch der Arbeitgeberverband vorläufig ein Eingehen auf Verhandlungen ab, trotzdem er in dem Schreiben an das Reichsaufsichtsamts dazu ausführte, daß er „in richtiger Einschätzung der mit einem allgemeinen Streik der Versicherungsangestellten für alle Beteiligten unbedingten verbundenen schweren Nachteile handelt“. Das Reichsaufsichtsamts hat auf gesetzliche Möglichkeiten, sich zwar nicht in den Konflikt zwischen Arbeitgeberinteressen und den Interessen der Unternehmer einzumischen, wohl aber die Interessen der Versicherten gegenüber den einzelnen Unternehmungen zu wahren.

Angesichts der oben mitgeteilten Erkenntnis des Arbeitgeberverbandes von den schweren Benachteiligungen, die der Versicherten warten, ist es unverständlich, wie das Reichsaufsichtsamts trotzdem am 20. Dezember schriftlich nachstehende Stellungnahme kundgab:

Die Arbeitgeber selbst stehen auf dem Standpunkte, daß ein lang andauernder Streik die berechtigten Interessen der Versicherten nicht in beträchtlichem Maße in Mitleidenschaft ziehen würde. Sie haben darüber dem Amt eine Reihe von Vorlagen gemacht, aus denen sich ergibt, daß zur Abwendung eines etwa drohenden Versicherungsnotstandes eine Reihe von Maßnahmen getroffen sind, welche, soweit sich zurzeit übersehen läßt, Schädigungen der Versicherten hintanhaltend können.

Merkwürdig ist die Doppelzüngigkeit der mitgeteilten Angaben des Arbeitgeberverbandes vom 20. und 30. Dezember. Die Schädigung der Versicherten wird natürlich eintreten; sie wäre leicht abzuwenden gewesen, wenn der Arbeitgeberverband von seinem unberechtigten Standpunkt abgegangen wäre, daß er das Monopol dafür besitze, zu bestimmen, welche Organisation die Angestellten vertritt. Bekanntlich fordert der Zentralverband der Angestellten lebhaft, daß nur solche Angestelltenvertretungen mit verhandeln, die nachweisbar von einem nennenswerten Teile der Angestellten beauftragt worden sind. Hinzuer dem ablehnenden Standpunkte des Arbeitgeberverbandes verbißt sich die sehr reale Rechnung, mit Hilfe eingetretener Forderungen von Scheinorganisationen durch Herbeiziehung dieser zu den Verhandlungen die berechtigten Forderungen der Versicherungsangestellten empfindlich herabzudrücken.

Die aus allen Arten des Reiches einlaufenden Abstimmungsergebnisse zeigen fast überall das gleiche Bild, daß sich nämlich 80 Prozent aller Stimmen für den Streik aussprechen. Das Gesamtergebnis der Abstimmung wird vermutlich erst im Laufe des Mittwochs festgesetzt werden können.

Zur Zentralverband der Angestellten ist nun das Abstimmungsergebnis für Berlin und das Reich bekanntgegeben. Es haben für den Streik gestimmt 88 Prozent; dagegen 11,8 Prozent, 2,2 Prozent haben sich der Stimme enthalten. Am Mittwoch findet eine Sitzung des Zentralverbandes statt, in der zu der Frage eines Streikes endgültig Stellung genommen werden soll. Die Entscheidung wird davon abhängen, wie die Sitzung im Reichsarbeitsministerium verlaufen wird, zu der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geladen sind. Die Arbeitgeber werden wahrscheinlich an dieser Sitzung nicht teilnehmen.

So wird Deutschland ruiniert.

Eine Hamburger Firma, Halbergs Propaganda-Bureau, Hamburg 10, Glöckstraße 43, bringt es fertig, so wird unserm Hamburger Partikelblatt geschrieben, zweiteilige Klemmpostkarten mit der Einladung zu Geschäftsverhandlungen mit folgenden festgedruckten Überschriften und entsprechendem Text ins Ausland zu versenden:

Take advantage of the low rate of the German Mark! — Profitieren Sie von dem niedrigen Kurse der deutschen Reichsmark!

Als Beispiel, wie ebenso geschäftstüchtige wie strupellose Schieber Deutschland ruinieren, nagen wir dieses saubere „Propagandabureau“ hier an den Kranger. Nicht genug, daß den Agenten des Auslandes Tür und Tor geöffnet ist, daß sie überall aufkaufen, was an Werten zu erreichen können, es müssen sich noch Deutsche finden, die, ungeachtet dessen, daß sie ihre Heimat und sich selbst der Verachtung des Auslandes preisgeben, ihrem eignen Volke nur um ihres schätigen Profits willen das Letzte nehmen.

Reinhardts Abschied.

In der reaktionären Presse erzählt Oberst Reinhard a. D. von seinem Abschied. Die Erstellung der Ehrenkompanie für Hindenburg gab boverst nur Grund, ihn für eine Versetzung nach Glogau für reif zu erachten. Inzwischen begann seine Rolle bei der Ernennung der Matrosen bekannt zu werden, und am 11. Dezember wurde ihm mitgeteilt, daß er innerhalb weniger Stunden auf Wunsch des Reichspräsidenten und des Reichslanzlers seinen Abschied eingereichen hätte. Beide seien der Meinung, daß Reinhard, wenn er seinerzeit nicht Kopf und Nerven verloren hätte, die Entscheidung vielleicht noch hätte verhindern können. Dazu bemerkt Reinhard, daß er immer so gehandelt haben würde, wie es geschehen war. Zu seiner Freude sei Oberleutnant Marlos freigesprochen worden.

Ferner sei ihm mitgeteilt worden, die Regierung hätte ihm übergeben, daß er als Vorsitzender des Deutschen nationalen Jugendbundes die Hindenburg-Ehrenkompanie befehligte. Darauf hatte Herr Reinhard den für einen republikanischen Militärführer sehr rechten Mut, zu erwidern, er könne weder dem Reichspräsidenten noch dem Reichslanzler ein Urteil über seine militärischen Handlungen zugehen. Als ihm weiter gesagt wurde, daß, wenn er nicht ginge, Moske gehen müßte, meinte er gleichmütig, daß er auch nicht ändern. Nunmehr wurde ihm eröffnet, daß er den Beschluß der Regierung, sofort zu verscheiden, für bindend zu erachten habe.

Zuletzt wurde versucht, dem braven Gassiet ein höchst unangebrachtes Zudeckel aufzudrehen. Er sollte General werden, wenn er nur gehe. Darauf wurde er stolz wie ein Löwe, betschwand und verzichtete sogar auf die roten Streifen. Das Reichswehrministerium kann diese Schilderungen noch nicht bestätigen, hält sie aber für glaubwürdig.

Verelendete und korrumpierte Beamte.

In Nr. 900 der ehemals demokratischen „Magdeburgischen Zeitung“ wird im Leitartikel „Hände weg von Preußen“ neben andern aus den Fingern gezogenen Behauptungen auch gesagt: „man... ließ das alte tüchtige Beamtentum politisch zerfetzen, ließ es finanziell verelenden und sich korrumpieren...“ Wer nur einigermaßen mit den Beamtentumsverhältnissen in der Zeit vor dem Krieg und während desselben weise ist, wird über die Unberechenbarkeit dieser Behauptungen nicht wenig verblüfft sein. Daß sich die brave „Magdeburgische“, die sich immer mehr nach rechts zurückentwickelt, über die angebliche Zerfetzung des Beamtentums aufregt, ist ihr nicht weiter unübernehmbar, sie kann nun einmal nicht aus der alten nationalliberalen Haut heraus. Die politische Zerfetzung des Beamtentums besteht nämlich ganz einfach darin, daß, als die Revolution den Beamten die politische Freiheit gab, sich die Beamten in Scharen den sozialistischen Parteien zuwandten. Landrichter, Assessoren, mittlere und untere Beamte, Oberlehrer, Lehrer, Lehrerinnen sind jetzt zahlreich in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei vorhanden. Unter der „väterlichen“ Führung der früheren Regierungen durfte sich die Beamtenschaft bei den konservativen Parteien, dem Zentrum und allenfalls noch bei den Freisinnigen politisch betätigen. Das war in schönster Ordnung nach dem Sinne der „Magdeburgischen“. Jetzt, wo große Teile der Beamten sozialistisch organisiert und orientiert sind, spricht sie von politischer Zerfetzung — der Verger ist zu verstehen.

Weniger jedoch ist die Behauptung zu verstehen, ja beruht direkt auf Unwahrheit, daß „man“, worunter „man“ die jetzige Regierung bzw. die Regierungen seit der Revolution versteht, daß „man“ also das Beamtentum finanziell verelenden und sich korrumpieren ließ. Hätte der Artikelschreiber nur eine Ahnung von der wirklichen Verhältnissen, er würde eine derartige verlogene Behauptung nicht aufgestellt haben. Tatsache ist, daß schon in Friedenszeiten die Beamtenschaft finanziell verelendet war. Tatsache ist, daß während des Krieges der Beamtenschaft erst gar nicht und dann in ganz mangelhafter Weise geholfen wurde. Tatsache ist z. B., daß Beamten mit 1 und 2 Kindern als Beihilfen 6 Mark monatlich gewährt wurden. (Oktober 1915), obwohl die Not schon damals groß war. Tatsache ist aber auch ferner, daß die erste größere Teuerungszulage den Beamten kurz nach der Revolution gewährt wurde, daß die erste großzügige Regelung der laufenden Teuerungszulagen im Frühjahr vorigen Jahres erfolgte und daß eine weitere größere einmalige Beschaffungsbetriebe im Herbst vorigen Jahres gezahlt wurde.

Wenn man sieht, wie früher die Beamten politisch entrechtet und finanziell gedrückt wurden, so kommt man zu dem umgekehrten Ergebnis. Früher ließ man die Beamten tatsächlich finanziell verelenden, jetzt bemüht die Regierung sich wenigstens nach besten Kräften, ihnen zu helfen. Wenn das jetzt nicht so geht, wie sie selber möchte und die Beamten es wünschen, so liegt die Schuld an den verfahrenen, unglücklichen Verhältnissen unsers Vaterlandes, die herbeigeführt zu haben die „Magdeburgische“ und ihre nationalliberalen Hintermänner ein großes Teil von Schuld tragen.

Daß weiter die jetzige Regierung an der Korrumpierung des Beamtentums schuld haben soll, ist eine gleich kühne und leichtfertige Behauptung. Gäbe man das Beamtentum nicht vor dem Kriege und besonders während desselben finanziell verelenden lassen, hätte man während des Krieges, als die Korrumpierung im Gange, in der Industrie und Landwirtschaft einriß, hätte man da fest zugegriffen, so wäre manches anders. Über freilich — böse Beiworte verderben gute Sitten. Es ist natürlich ein Billiges und

bequemes Vergnügen, auf die Korrumpierung zu schimpfen, wenn man selbst aus dem vollen schlöpfen kann, wenn man in der Lage ist, sich trotz der allgemeinen Not noch alle Genüsse zu verschaffen. Die Wege zur Abhilfe lagen doch damals nahe, warum betrat man sie nicht, warum gab man den Beamten kein ausreichendes Einkommen, damit der arme Teufel nicht der Versuchung zu unterliegen brauchte? Was jetzt eine Schraube ohne Ende wird, wäre damals mit Leichtigkeit zu befriedigen gewesen.

So liegen die Dinge und nicht anders. Vielleicht orientiert sich der Leitartikel der „Magdeburgischen“ ein andermal besser, ehe er derartige Unwahrheiten, wie in dem angeführten Artikel, in die Welt setzt.

Die Militärverorgungsgerichte.

Der dauernde Ruf der Kriegsoffiziere und die unermüdete Agitation des Reichsbundes der Kriegsschädigten für ein ordentliches Gerichtsverfahren haben schließlich Erfolg gehabt. Durch die Verordnung vom 1. Februar 1919 sind die Militärverorgungsgerichte und das Reichsmilitärverorgungsgericht geschaffen worden. Sie sind in den Landesgebieten den bestehenden Oberversicherungsämtern angegliedert; das Reichsmilitärverorgungsgericht ist dem Reichsversicherungsamt in Berlin angegliedert. Die Zusammenfassung ist eine ähnliche wie bei den Spruchämtern der Oberversicherungsämtern. In der Rechtsprechung nehmen Vertreter der Kriegsschädigten teil, die aus den Reihen der ehemaligen aktiven Militärpersonen auf Vorschlag der in Betracht kommenden Organisationen ausgewählt worden sind.

Durch diese vollständige Zusammenfassung der Spruchämtern und durch die Mitwirkung von Kriegsschädigten bei der Beurteilung der Ansprüche der Kriegsoffiziere gewinnt die Rechtsprechung bei den Klägern an Vertrauen.

Für die Notwendigkeit der Errichtung solcher Militärverorgungsgerichte, die bereits seit einiger Zeit ihre Tätigkeit aufgenommen haben, spricht deren schärfste Anerkennung durch die Kriegsoffiziere. Allein beim Militärverorgungsgericht in Magdeburg sind weit über 1100 Berufungen gegen die von den Militärverorgungsämtern erlassenen Bescheide im Jahre 1919 anhängig gemacht worden.

Aus den ergangenen Entscheidungen wollen wir einige vom Arbeitersekretariat Magdeburg bearbeitete und auch in der mündlichen Verhandlung vertretene Fälle anführen, da sie sowohl für Kriegsschädigte und Hinterbliebene als auch für die Allgemeinheit von Interesse sind.

Bei einem Landsturmann hat sich als Folge einer während der Dienstzeit entstandenen Lungenentzündung eine Brustfellverwachsung verbunden mit Hilarmitot und Nervenschwäche eingestellt. Die Rentenansprüche wurden vom Versorgungsamt abgelehnt, weil die Krankheit nicht während des Dienstes, sondern auf Urlaub entstanden sein sollte. Der Gegenbeweis wurde vor dem Militärverorgungsgericht erbracht, so daß der Mann eine Rente von 25 Prozent für Kriegsbeschädigung erhält.

Ein Desonoretenhelfer war im Felde durch Schüttertschuß verwundet worden. Nach erfolgter Heilung ist er als kriegsverwendungsfähig aus dem Lazarett entlassen. Bei einer Leichenparade stellten sich Schmerzen in den Beinen ein und er wurde wegen Gangstörungen wiederholt im Lazarett behandelt. Seine Ansprüche auf Anerkennung dieses Leidens als Kriegsbeschädigung wurden vom Kriegsministerium abgelehnt. Auf seine Berufung erkannte das Militärverorgungsgericht vor Friedensbeschädigung an und bewilligte ihm eine Rente von 15 Prozent.

Ein Landsturmann war als f. v. eingezogen. Es bestand ein leichtes Ohrenleiden links. Durch die Strapazen des Krieges in Russland hat er sich eine rechtsseitige Mittelohrentzündung und einen chronischen Nasentatarrh zugezogen. Er ist dann am 19. August 1916 aus dem Heeresdienst entlassen. Er wurde aber so hinfällig, daß er im November ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Bei der Untersuchung wurde eine Schreppentzündung und ein Lungenpituitarisch festgestellt. Das Lungenleiden wurde durch Beobachtung als ein tuberkulöses erkannt. Der Mann erhob Versorgungsansprüche, die vom Kriegsministerium abgelehnt wurden. Das Militärverorgungsgericht aber hat das Lungenleiden als Kriegsbeschädigung anerkannt und dem Kläger eine Rente von 25 Prozent zugesprochen. Der Anspruch auf Entschädigung des Ohrenleidens wurde allerdings abgelehnt.

Eine Witwe stellte Ansprüche auf Witwen- und Waisenversorgung, da ihr Ehemann im Felde sich eine schwere Erkrankung an Ruhr sowie ein Magen- und Herzleiden zugezogen habe und später an den Folgen dieser Leiden verstorben sei. Das Versorgungsamt des 9. Armeekorps lehnte diese Ansprüche ab. Nach eingehender Beweisführung hat das Militärverorgungsgericht für Recht erkannt: „Das vor dem Eintritt in das Heer bestandene Magenleiden ist durch den Dienst im Felde so verkompliziert, daß infolge dieser Verkomplizierung schließlich sein Tod eingetreten sei. Den Hinterbliebenen — Witwe und Waisen — stehen deshalb die Gebührende für Kriegsverorgung zu.“

Falls die Ansprüche auf Versorgung erhebenden Personen mit solchen Entscheidungen des Militärverorgungsgerichts nicht zufrieden sind, können sie diese durch die Rechtslage anfechten. Sollte von diesem Rechtsmittel Gebrauch gemacht werden, so werden die Kläger auch vor dem Reichsmilitärgericht Weistand und Vertretung durch das Zentral-Arbeitersekretariat finden.

Zur Nachahmung empfohlen!

In Oesterreich hat der mit der Leitung des Unterrichtsamts betraute Staatssekretär verfügt, daß die Schülerbüchereien, die einen außerordentlich wertvollen Unterrichts- und Erziehungsbefehl bieten, einer Uebersprüfung unterzogen werden. Alles inhaltlich Wertlose und alles, was den veränderten staatlichen Verhältnissen nicht entspricht, soll ausgeschieden und durch Schriften ersetzt werden, die den Entwicklungsgang des jugendlichen Lesers, im guten Sinne zu beeinflussen, sein Innenleben zu bereichern und sein Wissen zu vertiefen vermögen. In den Landeshauptstädten werden eigne Prüfungsausschüsse für Jugendschriften errichtet werden. Um eine tumschicht enge Verknüpfung des Leseschlusses mit dem Unterricht zu ermöglichen, sollen die Gesamtbüchereien der einzelnen Schulen in Klassenbüchereien aufgelöst werden. Die Bücher sollen den Schülern nicht nur als Lesestoff mit nach Hause gegeben werden, sondern sollen auch als gemeinsame Klassenlektüre dienen. Womöglich soll jedem Kinde jährlich ein Buch als Geschenk überlassen werden. Für die schulentlassene Jugend ist die Gründung eigener Lesezimmer oder die Angliederung einzelner Jugendschriftenabteilungen an die Volksbüchereien vorgezogen.

Schwierige Stataufstellung.

Das Jahr 1920 bringt mit andern neuen Reichsteuern bekanntlich auch die Reichseinkommensteuer. Von dieser wird ein gewisser Anteil den einzelnen Ländern und den Gemeinden überwiesen. Das Recht selbständiger Einkommenbesteuerung durch die Einzelstaaten und Gemeinden besteht nicht mehr. Die veränderte Verteilung des Reichs-Einkommensteuervergütetes hat dazu geführt, daß die Einzelstaaten und Gemeinden noch nicht wissen, welchen Betrag sie aus der Einkommensteuer zugewiesen erhalten.

Preußische Lotterie
Ziehung (1. Kl.) am 13. u. 14. Januar 1920
Lose zu 20 Pf. zur 241. Lotterie
Paul Otto Gerike, Straße 48, Nr. 406.

Preußische Klassenlotterie.
Zur 1. Klasse 15. (241.) Klasse Ziehung am 13. u. 14. Januar 1920
Lotterie-Einnahme Max Heimecke, Magdeburg, Kaiserstr. 77a, Tel. 748.

Berlitz-Schule
Sprach-Schule für Erwachsene.
Engl., Franz., Span., Ital., Russ., Deutsch für Ausländer.
Steinstrasse 1.

Friedensqualitäten
in Mantel, Kostüm, Anzug, Futter und Zeitbahnstoffen empfiehlt
Rudolf Fass, Bismarckstr. 48, I.

Prima Brenntorf
Prima Brennholz
Verkaufskontor der Gabrielzeche
Bismarckstr. 223.

Rechtsbureau Referendar a. D.
in Ehesachen
Sprecher: 16-17, 2-4, Sonntags 10-11 Uhr.

Für alle Sorten Zelle und Häute
die allerhöchsten Preise
Leipziger Einkaufs-Zentrale
Hops, Magdeburg

Meyers Handlexikon!
Edmund Herrmann, Abt. 68, Berlin, Fruchtstr. 31.

Stadtgeschäft Grüne Armstraße 8
Carl Meusel
gütliche Wurst- und Fleischkonsumen-Fabrik Magdeburg.

Lichtspiele
Heute Donnerstag letzter Tag!

Kammer-Lichtspiele Die Herrin der Welt III. Teil Der Rabbi von Kuan-Fu. Hauptdarsteller: Mia May Michael Rohnen Henry Bro. Künstlerische Oberleitung: Joe May. Ort der Handlung bei 3. Teil: China. Sämtlich in sich abgeschlossen.	Colosseum Arno Starke Kraft im Kampf zwischen Handwerk und Maschine Vadenes Drama in 4 Akten. Hauptdarsteller: Ludwig Rex Lina Hallen	Tombild-Theater Das Gebot der Liebe Filmschauspiel in 5 Akten mit Eva May. Johannes Niemann	Weißer Wand Der schwarze Meister ein Filmdrama in 5 Akten aus den Regionen des Herberinnischen. Verfasst von Gustav Meyrink Hauptdarsteller: Lia Elenschtis Georg Henrich
--	--	--	---

Lichtspielhaus Panorama
Liebe, die sich frei verschenkt
Drama in 4 Akten.
In den Hauptrollen:
Wanda Treumann
Reinhold Schünzel
Karl Beckersachs
Rolfs Ferienreise
tolles Lustspiel in 2 Akten - mit
Rolf Lindau-Schulz.

Kurier der Bank
spannender Detektivfilm in 4 Akten.

Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

Zentraltheater
Sämtlich 7 Uhr
gelangt mit dem größten Erfolg die Nationaloperette
Die Falschingsfee
zur Aufführung. 145

Zentraltheater-Restaurant.
Abendbisch 8 Uhr
Konzert
des Selten-Kapells des Zentraltheaters.
Auftreten von
Käthe Schmalen und
Otto Spielmann vom Zentraltheater.

Stadttheater
Donnerstag den 8. Januar 4. Abend. Brause Karten.
Jar und Zimmermann.
Anf. 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Freitag den 9. Januar
Der Barbier v. Sevilla.

Wilhelm-Theater
Donnerstag und Sonnabend
Die drei Hebräerinnen
Sonnabend und Sonntag
3 1/2 Uhr
Hänsel und Gretel.
Montag Ehrenabend Kapellmeister Albert Wilhelm
Ein Walzertraum.

Alte Schallplatten
auch verbundene werden häufig zu außerordentlich günstigen Preisen gekauft
Silbermanns Musikwarenhaus
Bismarckstr. 16.

Doranzelge:
Kammer-Lichtspiele
Ab Freitag
Asta Nielsen
in dem Drama
Rausch
5 Akte nach Strindberg
Regie:
Ernst Lubitsch

Park-Lichtspiele
Wilhelmstadt (Luisenpark) Spielgartenstr.
Heute Donnerstag letzter Tag:
Seine Beichte
Bekenntnisse eines Lebemanns
Filmdrama in 6 Akten nach dem Roman von
Jolanto Morés
Hauptdarsteller:
Reinhold Schünzel - Hedda Vernon
Grit Hegesa - Regie: Hubert Moest
Wiedergefunden
Packendes Drama in 4 Akten
Die blinde Henne
Lustspiel in 2 Akten

Hobelbank
zu kaufen gesucht von Albert Höder, Al.-Wannaleben.

ZL
Zirkus-Lichtspiele
Nur noch heute:
Die Arche
Nachdem Ullstein-Roman
7 Akte
Glanzender Winter Kostüm:
Stahl und Eisen
Drama in 5 Akten.
Spielzeit: 12.30
Sonntags 8-11 Uhr
Wochentags 3-11 Uhr.

Walhalla-Lichtspiele
Nur bis heute
der zweite Film der Hand-Abend-Abenteuer-Reihe
Die Prinzessin von Urbino
Detektiv-Abenteuer, 5 Akte
Herner: 15
Fürst Seppel
Spielzeit: Sonntags von 3 bis 11 Uhr, wochentags von 6 bis 11 Uhr.

Waldolinentklub
Großfün 1917
erzählt Gruppenunterricht in Waldolinentklub u. Waldolinentklub. Anmeldung bis zum 1. Februar 1920 im Restaurant zur Sternstraße, Bismarckstr. 37, erbeten.

58er
Am Sonnabend den 10. Januar, abends 8 Uhr, im „Hofgarten“ (großer Saal)
Winter-Vergnügen Ball
Musik: Inf.-Regiment 68
Zeltansprache:
Bewerkschaftssekretär Hugo Kuprecht.
Alle Mitglieder unser Vereins, auch die beim 6. B. T. angeschlossenen Verbänden angehörenden Mitglieder, sowie Gäste sind herzlich eingeladen.
Eintrittskarten zu 1 Mk. sind in den Geschäftsstellen des 6. B. T. u. des D. B. S., Breitenweg 166 III und in den Zigarrengeschäften des Herrn Will Goll, Bismarckstr. 1 u. des Herrn Paul Fied, Himmelreichstraße 4 b, 8, sowie an der Abendkasse zu haben.

Welt-Panorama
Bismarckstr. 4
Portugal. Etrol.
Waldolinentklub
Großfün 1917
erzählt Gruppenunterricht in Waldolinentklub u. Waldolinentklub. Anmeldung bis zum 1. Februar 1920 im Restaurant zur Sternstraße, Bismarckstr. 37, erbeten.

Stephanshallen
Direktion Rich. Frohartz
10. Erstaufführung
Variété-Vorstellung.
Eintrittspreise: Wochentags 1.00, Sonntag 1.50, dazu 20 Pf. Bildsteuer.
Dem geehrten Publikum machen wir hiermit bekannt, daß wir das Restaurant **Wilhelmstädter Hof**, Annastraße, übernommen haben. Es ist unter eifrigem Bestreben, unter wertigen Gästen in jeder Weise zu ihrer Zufriedenheit zu bedienen. Was gekochte Tiere und Meise sowie bürgerlichen Mittags- und Abendbisch, was ein gutes und noch einige Tage frei. Um gütigen Zuspruch bitten ergebenst.
Hermann Dolchus u. Frau, Wilhelmstädter Hof.

Müller-Weindiele
Kabarett • Bar
v. 9 Uhr bis 11 Uhr am Alten Markt.
Tägliche
4-Uhr-Kunstler-
Tee
unter Mitwirkung erstkl. Kabarettkünstler.
Abends 8 Uhr:
Das Januar-
Schlager-Programm
James Dachs
Arma Alger
Duetz Wien-Wertle
Josa Preitler
Gretl Beth
Gruno Weidner
Marion Zajenz.

Herrmanns Tanzkurse
für Mann- und moderne Tänze in Privat- und geschlossenen Kursen beginnen im Hotel Kaiserhof (gegenüber der Ulrichstraße) am 18. Januar.
Anmeldungen 1-6 Uhr.

Fürstenhof-Prunksaal
Fermus Nr. 776a, Kasse 10-1, 5-8.
7 Uhr: 131
Detektiv-Hanuffen
Lorch-Familie
Fregolia
Cortney
Danzer Fürst

Fürstenhof-Tunnel
Eingang Altoriastraße und Pedalstraße
Tägliche 131
erstaufführung
Unterhaltungs-Konzert
Gute Getränke
Gute Küche
Mäßige Preise

R. Rappas Tanz-Unterricht
Neuer Kursus: Beginn am 13. Januar.
R. Rappas, Ballettmeister, Bismarckstr. 15, b.

U. T. Lichtspiele U. T.
Gr. Storchstr. 7
Heute bis einst. Donnerstags
Erstaufführung für Magdeburg!
Die schwarze Gräfin
über Der Roman einer Abenteuerin, großes Detektivdrama in 5 Akten.
Der provisorische Ehemann
ganz entzückendes Lustspiel in 4 Akten.
Anfang 8 Uhr.

Raucht Bonitas!

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit. Es hat das Jahr der Fieren und der Bescheid, jeder der Arbeit. Es hat das Jahr der Fieren und der Bescheid, jeder der Arbeit.

Der kleine Bode.

Der kleine Bode ist ein kleiner Bode, der in der Gegend von ... Er hat eine kleine Bode, die er mit seiner kleinen Bode ...

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit.

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit.

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit.

Der kleine Bode.

Der kleine Bode ist ein kleiner Bode, der in der Gegend von ... Er hat eine kleine Bode, die er mit seiner kleinen Bode ...

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit.

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit.

Industrie und Technik.

Das Flugzeug im Jahre der Industrie. Die Industrie hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Die Flugzeuge sind heute schneller und größer als je zuvor.

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit.

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit.

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit.

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit.

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit.

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit.

Die 21stäger.

Das alte Jahr stand vor den Schwestern. Jeder folgte sein Schicksal, der eine in die, der andere in die andere. Das Jahr 1919 hat seine Geschichte hinter sich, unser Arbeitsjahr und der Bescheid, jeder der Arbeit.